

NAME

adb-podcast-41.mp3

DATE

November 15, 2024

DURATION

54m 45s

START OF TRANSCRIPT

[00:00:07] Speaker1

Herzlich Willkommen zur 41. Ausgabe von der ATB Podcast. Ich bin Anke Domscheit Berg, digitalpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag. Und ich erzähle euch aus dem Maschinenraum des Bundestages. Und das Digitale habe ich vor dem Maschinenraum diesmal absichtlich weggelassen. Heute gibt es nämlich einen Mix, in dem auch Digitales drin ist, aber vor allem viel große Politik. Es geht um die Zukunft der Demokratie und es geht um Leben und Tod. Keine Übertreibung, das werdet ihr merken. Es geht unter anderem um die Neuwahlen, um das Politdrama Zweiter Teil. Wie geht es jetzt weiter mit dem Bundestag bis zu seiner Auflösung? Und was heißt das eigentlich? Auflösung des Bundestages? Aber es geht natürlich auch um den Digitalausschuss. Den eigentlichen Ausschuss hatten wir im Prinzip nur 15 Minuten, da haben wir gar nichts getan. Aber es gab eine Anhörung, und zwar zum Data Governance Gesetz. Das ist eine EU Richtlinie, die in deutsches Recht umgesetzt werden muss. Da erzähle ich euch dann auch von einem wirklich unanständigen AfD Angriff auf unsere Sachverständige. Und dann gibt es für euch nicht digital ein Update zum AfD Verbot. Und es gibt noch einen Gruppenantrag. Eine mögliche Sternstunde des Parlaments, dass es nämlich arbeitsfähig auch ohne eine Regierungskoalition und da geht es um die Abschaffung des Paragraphen 218. Beide Gruppenanträge haben eine Chance auf Mehrheit und ihr könnt sie vergrößern. Wie erzähle ich euch auch. Aber jetzt geht's erstmal zum Politdrama Zweiter Teil zu den Neuwahlen und dem wirklich großen Chaos im Bundestag. Man kann wirklich keinen Tag, eigentlich fast keine Stunde vorhersagen, was so als nächstes kommt, weil sich ständig alles verändert.

[00:01:50] Speaker1

Da hat sich doch tatsächlich so eine Art Super GroKo im Bundestag gebildet, nämlich die Ampel. Ja, tatsächlich alle drei Parteien wieder zusammen. Plus Union und die haben sich dann mal schon in einem extra parlamentarischen Geschäftsführer SUP Gremium gemeinsam abgesprochen, wie sie die Sitzungswoche gestalten wollen. Und das Ergebnis war eine fast leere Tagesordnung, als hätten wir nix zu tun. Deswegen gab es erst mal eine fette Geschäftsordnungsdebatte, denn andere Oppositionsparteien, auch Die Linke, die haben ja ein Recht auf das Aufsetzen von Anträge. Und wir hatten natürlich auch Anträge aufgesetzt. Das war uns auch zugesagt, dass wir zum Beispiel unser Gesetz zur effektiven Verfolgung von Mietwucher und das sogenannte Mietwucher Gesetz, dass wir da einbringen wollten, dass wir das da diskutieren können. Auch ein Antrag gegen Mietwucher haben wir eingebracht. Sollte aber alles nicht diskutiert werden. Die Super GroKo hat abgelehnt. Weil euch aber vielleicht das Thema Mietwucher trotzdem interessiert, verrate ich euch mal noch einen ganz tollen Link. Ich verlinke euch den auch in den Shownotes, falls ihr den jetzt nicht euch auswendig merken könnt. Aber es gibt eine Mietwucher WebApp. Da könnt ihr, wenn ihr in einer von einer Handvoll deutscher Großstädte wohnt, feststellen, ob eure Miete so hoch ist, dass sie kriminell hoch ist. Und dagegen könnt ihr euch wehren und ihr könnt sogar Miete zurück kriegen. Aber zurück zur Supergroko. Die Folge von diesen komischen Vereinbarungen waren eine irre überladene Tagesordnung am Mittwoch.

[00:03:18] Speaker1

Da gab es nämlich mehrere Stunden lang diese Kanzler Aussprache. Leider habe ich diese Aussprache gar nicht bis zu Ende hören können, denn parallel lief ja schon die Anhörung zum Digitalausschuss. Ihr merkt es wieder Ganz viel Parallelarbeit im Bundestag. Auch deshalb sind manchmal Plätze leer im Plenum. Abends ging es dann mit einer Aktuellen Stunde bis 21:00. Dafür war aber am Donnerstag um 11:00 vormittags die Plenarsitzung vorbei. Wir sitzen. Donnerstag, Das ist eigentlich der längste Tag, regelmäßig bis nach 00:00. Ich habe schon nachts um vier an einem Donnerstag im Plenum gehockt und da war um elf alles vorbei. Es gab eigentlich nur zwei Sachen Es gab eine Aktuelle Stunde zum Klimagipfel in Aserbaidzhan und es gab einen einzigen Debatten, ob die Höfe, Verordnung, die Höfe, Verordnungen. Da geht es um Nachfolgeregelung, also wenn man landwirtschaftliche Höfe übernimmt. Aber das war ein sogenanntes Omnibusgesetz. Ein Omnibusgesetz muss man sich vorstellen. Man nimmt irgendein langweiliges Gesetz, zum Beispiel die Höfe Verordnung, behandelt es wie so ein Bus und setzt was anderes hinein, was man dann von außen gar nicht so gut sieht, weil es heißt ja Höfeordnung. Dazu gab es dann noch 90 % Debattenbeiträge, nur 10 % handelten von dem anderen Thema, das man in diesen kleinen Omnibus Höfeverordnung hineingesetzt hat. Und das war was richtig Schlimmes, nämlich die Quellen Tkü oder auch Staatstrojaner genannt. Da hat unter anderem Clara Bünger auch von der Linken dazu geredet. Das ist nämlich eine befristete Gesetzesänderung.

[00:04:48] Speaker1

Da geht es um die Zulassung der Quellen tkü also den Staatstrojaner, dass man den auch bei einfachen Wohnungseinbrüchen einsetzen kann. Also bei bandenmäßigem Wohnungseinbruch ist es sowieso schon erlaubt, aber bei einfachen Wohnungseinbruch. Wenn also ein ganz einzelner Mensch irgendwo eine Wohnung einbricht, da soll auch schon ein Staatstrojaner eingeschleust werden sein. Das hat man da einfach in diesem Omnibus versteckt und jetzt ad hoc beschlossen, dass das Ganze bis Dezember 2029 verlängert werden soll. Kleiner Funfact BSW hatte auch zugestimmt. Ich finde ehrlich gesagt, das sind wirklich komische Prioritäten. Davon abgesehen, dass er die Grundrechte von Menschen verletzt werden durch solche Befugnisse. Nicht mal die Polizei hat die bis jetzt ausgenutzt. Man weiß eigentlich gar nicht, wofür man das braucht. Das könnt ihr in der Rede von Clara Bünger nachhören. Die verlinke ich euch auch. Die hat also gezeigt, dass das nur 0,08 bis 3 % der Fälle überhaupt eine Rolle gespielt hat. Aber bei einfachen Wohnungseinbrüchen sollte das generell eigentlich. Also sollte man das nicht machen dürfen. Apropos Wohnungseinbrüche. Das BKA, Das soll nach einem kürzlichen Gesetzentwurf der Ampel geheim in Wohnungen einbrechen dürfen, um ihre Staatstrojaner noch ein bisschen besser installieren zu können. Wohnungseinbrüche, um Staatstrojaner auf deine Computer zu bringen, das ist wirklich widerlich. Das könnt ihr noch genauer nachlesen, einem Artikel bei Netzpolitik, den ich euch natürlich auch unten verlinke. Apropos Linke. Die Linke ist komplett gegen Staatstrojaner, aus ganz vielen verschiedenen Gründen. Da gibt es sogar ein eigenes Positionspapier von uns dazu. Auch das könnt ihr in Gänze nachlesen.

[00:06:25] Speaker1

Den Link findet ihr unten. Zurück zur Tagesordnung. Der Donnerstag also super kurz nur bis um elf. Am Freitag sollte eigentlich gar nichts stattfinden. Dann ist der Union aber ihr Prio eins Thema eingefallen und deswegen gibt es einen Tagesordnungspunkt eine Aktuelle Stunde zur Aufhebung der Legalisierung von Cannabis, die übrigens ja gar keine richtige Legalisierung war, nur so eine Mini Legalisierung, aber immerhin. Man darf ja jetzt drei Pflänzchen pro Nase im Garten haben, wenn ein Zaun drum rum ist. Und man darf, wenn ich mich richtig erinnere, mit 50 Gramm pro Nase aufgefunden werden. Und es hat keinen Straftäter oder Straftäterin. Das findet die Union doof. Ich vermute einen kleinen Zusammenhang mit der Bierlobby in Bayern. Ich weiß es natürlich nicht genau, aber dieses wahnsinnig wichtige Thema, das wird jetzt am Freitag diskutiert. Und um 10:00 soll dann alles vorbei sein. Eine Sache habe ich übrigens am Donnerstag noch vergessen Wir haben heute tatsächlich auch noch eine Dreiviertelstunde darüber abstimmen dürfen, dass die AfD keine neuen Vizepräsidenten im Bundestag haben will. Die haben tatsächlich heute noch mal einen vorgeschlagen, weil so kurz vor Auflösung könnte man es ja ein drölfzigstes Mal probieren. Hat auch diesmal nicht geklappt. Und sie wollten einen Kandidaten reinkriegen ins Parlamentarische Kontrollgremium. Das ist das Gremium, das Geheimdienste kontrolliert. Vielleicht wollen Sie ein bisschen genauer wissen, wie der Verfassungsschutz die AfD bewertet. Aber auch da hat man sie wieder nicht reingelassen. Eingelassen. Wie sieht es denn in der nächsten Sitzungswoche aus? Rein theoretisch ist die noch im November, nämlich in der Woche vom 25.

[00:07:56] Speaker1

bis neun und 20. November. Stand heute, 14. November, ist immer noch unklar, ob es sie überhaupt geben wird. Ursprünglich war das mal eine Haushaltswoche. Den gibt es ja nicht mehr, weil es keinen Konsens darüber gibt. Haushaltswoche wird es also nicht. Aber es gibt doch 1000 Themen, die wir noch entscheiden müssen, bevor dieses Parlament sich irgendwie in Wohlgefallen auflöst. Und da müsste man eigentlich Tagesordnungen stricken. Stand heute weiß man es nicht. Es soll wieder eine Go! Debatte geben. Die soll tatsächlich Morgen. Freitag früh. Wenn ihr es hört, ist sie schon vorbei. Stattfinden. Ihr müsst also irgendwo im Internet gucken, ob es eine Sitzungswoche Ende Ende November gibt oder nicht. Also für mich ist klar diese quasi super GroKo, die hat keinen Bock auf parlamentarische Arbeit. Die will Parlament ein bisschen simulieren, so tun als ob. Und ignoriert, dass wir wirklich wichtige Probleme bis Jahresende lösen müssen. Das Deutschlandticket muss abgesichert werden. Es gibt schon einige Verkehrsverbünde in ein paar Bundesländern in Deutschland, die gesagt haben, wenn der Bundeszuschuss nicht kommt im nächsten Jahr, dann wollen sie das Deutschlandticket nicht mehr anbieten. Ja, was denn dann? Das kann man echt nicht machen. Das war eine wirklich gute Sache, die die Ampel durchgesetzt hat. Das hat vielen Menschen das Leben enorm erleichtert. Das Deutschlandticket muss es weiter geben und wir müssen das einfach in diesem Jahr beschließen. Eine Kindergelderhöhung sollte kommen, Die Kinder lässt man auch im Stich.

[00:09:25] Speaker1

Kindergrundsicherung, wissen wir ja, kommt sowieso nicht mehr. Aber wenigstens diese lächerliche Kindergelderhöhung, die muss doch kommen. Und da gibt es viele Menschen, die haben wegen der großen Inflation auch Gehaltserhöhungen bekommen, rutschen damit aber in eine neue Steuergruppe hinein und haben am Ende weniger Netto vom Brutto, obwohl sie mehr verdienen. Völlig gaga. Man nennt dieses Phänomen kalte Progression und es gab parteiübergreifenden Konsens, dass man das verhindern will, dass man also Gesetze so anpasst, Grenzen erhöht usw, dass es eben nicht weniger Netto gibt, wenn man mehr Geld verdient. Das kommt jetzt auch nicht. Die Union hat nämlich gesagt, Merz in seiner Rede Wenn sie überhaupt was machen, dann gibt es Zustimmung nur für irgendwelche Dinge, die gar nichts kosten. Weniger Steuereinnahmen sind ja auch Kosten, indirekte Kosten. Was Sie sich vorstellen könnten? Ich meine, ja, das ist gut, das reicht aber nicht. Ist das Verfassungsgericht gegen Rechtsextreme abzusichern ist wichtig und ich hoffe, es kommt auch. Aber es reicht einfach nicht. Wenn es also bei den bisherigen Ankündigungen bleibt, dann gibt es vielleicht nur noch zwei Sitzungswochen. Ab 2. Dezember und ab 16. Dezember am 16. Dezember soll es die Vertrauensfrage geben. Zwei Tage später, am 18. Dezember, die Abstimmung darüber. Bis zu 21 Tage später kann Steinmeier, der Bundespräsident, dann das Parlament auflösen. Bisher wurde aber als Wahltermin der drei und 20. Februar kommuniziert, übrigens exakt in der Mitte der sächsischen Winterferien. Komplett bekloppt. Aber die Bundeswahlleiterin hat ja gesagt.

[00:10:59] Speaker1

Für die Wahlorganisation braucht man auf jeden Fall 60 volle Tage. Wenn man die rückwärts rechnet vom drei und 20. Februar, kommt man PI mal Daumen auf den sieben und 20. Dezember als Auflösungsstermin. Das wäre dann also keine Ausschöpfung der 21 Tage durch Steinmeier. Vielleicht macht das ja doch noch. Man weiß es also nicht so genau. Es werden sich auch wahrscheinlich kleine Parteien gegen diesen frühen Termin wehren. Die müssen nämlich tausende Unterschriften sammeln, um überhaupt für die Bundestagswahl zugelassen zu werden. Und deren Frist soll von sechs auf zwei Wochen verkürzt werden, ohne dass man die Anzahl der Unterschriften irgendwie reduziert. Und dann sollen die auch noch über Weihnachten rumlaufen und Unterschriften sammeln, was wirklich schwer ist. Wer hat denn da Bock drauf stehen zu bleiben und irgendwo so einen Zettel zu unterschreiben. Das werden wahrscheinlich einige dieser kleinen Parteien nicht schaffen, die es sonst geschafft haben. Und die Folge davon ist die werden nicht zugelassen zur Wahl. Auch die, die es bis jetzt regelmäßig geschafft haben. Die Konsequenz ist dann, dass sie nicht nur keine Chance auf eine Wahl haben. Die meisten würden ehrlich gesagt die 5 % Hürde ja eh nicht kriegen. Aber sie kriegen dann auch keine Wahlkampfkostenerstattung. Die gibt es schon ab 0,5 % Wahlergebnis und das haben etliche kleine Parteien geschafft. Und das ist für die eine wirklich wichtige Einnahme. Also das ist wirklich bitter und da kann es sein, dass die dagegen klagen und vielleicht passiert dann irgendwas. Das wird man sehen. Also ich finde den Wahltermin zu früh im März wäre auch zu früh gewesen, aber das hätte man schaffen können.

[00:12:31] Speaker1

Aber das ist im Grunde vergossene Milch. Das steht jetzt erst mal und das alles. Man muss sich das reinziehen wegen des Egos von zwei Alphetierchen, die einfach die Voraussetzungen für gute demokratische Prozesse ignorieren. Schon mitten in den Winterferien von Sachsen ist eine echt schlechte Idee. Da werden wahrscheinlich noch mehr Menschen Briefwahl machen. Und das waren bei der letzten Sachsenwahl schon weit über 30 %. In Leipzig sollen es sogar über 40 gewesen sein. Und da die Briefwahlfristen auch von sechs auf etwa zwei Wochen zu verkürzen. Wie soll das denn funktionieren? Da wird eine Menge schiefgehen. Leute werden frustriert sein. Im Worst Case gibt es auch nachträglich noch Klagen. Naja, also das wird alles nicht so witzig. Aber so oder so soll die Auflösung des Parlaments ja voraussichtlich Ende Dezember, also sieben und 20. Dezember, herum passieren. Dann gibt es vielleicht keinen parlamentarischen Betrieb mehr. Theoretisch haben wir aber weiter Rechte. Kleine Anfragen, schriftliche Fragen. Uns wurde gesagt, einen Anspruch auf eine Antwort haben wir nur, wenn wir bis zur Vertrauensfrage diese Anträge einreichen. Das ist aber gar nicht so sicher. Also wir haben jetzt mindestens noch zwei Sitzungswochen, nämlich die beiden im Dezember. Vielleicht sind es aber doch mehr. Es gibt nämlich ein nagelneues Papier vom wissenschaftlichen Dienst des Bundestages. Ich verlinke euch das auch. Das schreibt ganz präzise auf zwei Seiten sämtliche Regelungen und Auswirkungen von Neuwahlen.

[00:13:56] Speaker1

Vertrauensfrage Yada yada yada. Und da steht dann für mich ganz überraschend, dass Auflösung des Parlaments keineswegs Auflösung des Parlaments bedeutet. Das heißt nicht, dass man keine parlamentarische Arbeit mehr macht, das heißt ausschließlich, dass es vorgezogene Wahlen gibt. Das Parlament behält also auch, nachdem Steinmeier offiziell am sieben und 20. Dezember die Auflösung verkündet, sämtliche Rechte und Pflichten, und zwar bis zur Konstituierung des neuen Parlaments, also bis wenn es der drei und 20. Februar ist, ungefähr noch vier Wochen danach. Das Parlament kann Gesetze beschließen, Gremien bestehen fort, man kann auch Ausschüsse tagen lassen. Auch Regierungsmitglieder bleiben übrigens ja geschäftsführend im Amt und müssen natürlich auch eine parlamentarische Kontrolle haben können. Bisher war die Ansage im Parlament findet dann gar nichts mehr statt. Nachdem das Steinmeier da die Auflösung erklärt hat, so als wäre es eine richtige echte Auflösung. Kein Plenum, nix mehr los im Parlament, keine Ausschüsse, alle machen irgendwie nur noch Wahlkampf. Aber das ist rein rechtlich völlig falsch. Oder vollständige Arbeitsverweigerung. Und erst heute ist mir noch von einem höherrangigen Mensch in einer Ampelpartei gesagt worden. Die tatsächliche Planung im Moment ist, keine Sitzungen stattfinden zu lassen. Im Prinzip die Arbeit einzustellen, obwohl es eigentlich nicht der Rechtslage entspricht. Für die Podcasts heißt es also Entweder kriegt ihr zwei plus fix oder ihr kriegt, wenn es im Januar und Februar noch mal vier Sitzungswochen gibt, sechs plus sechs. Und das heißt, es gibt noch so ein, zwei Bonusfolgen, wo ich euch jenseits von Digitalausschüssen Sachen erzähle und dann mal gucken, was dann passiert.

[00:15:38] Speaker1

Apropos Digitales Ich erzähle euch jetzt, was wir in der Anhörung Data Governance Gesetz gehabt haben. Das war eine öffentliche Anhörung und ihr könnt sie euch wie immer in der Mediathek angucken. Da geht es um das sogenannte DDG. Ich weiß, ihr werdet langsam schon irre mit den ganzen EU Abkürzungen. Dg heißt Data Governance Gesetz oder Daten Governance Gesetz und das ist eine Umsetzung des europäischen Dega Data Governance Act. Also das eine heißt Englisch, das andere heißt Deutsch. De facto ist es das gleiche. Beziehungsweise das Deutsche, die Umsetzung von europäischem Recht in nationales Recht. Das ist eine Verordnung, da hast du kaum Spielraum, irgendwas zu ergänzen oder anders zu machen. Da geht es eigentlich nur um bestimmte Konkretisierungen. Zum Beispiel schreibt der Data Governance Act vor Es muss eine Aufsichtspflicht geben und eine Behörde zuständig sein. Und im deutschen Gesetz steht dann drin, was macht. Da steht also drin, dass die Bundesnetzagentur die Registrierung und die Aufsicht über die sogenannten regulierten Datenvermittler übernimmt. Ich erzähle euch gleich ein bisschen mehr darüber. Und dann gibt es als zweite zuständige Behörde das Statistische Bundesamt. Die Stadt ist die Beratungsstelle für das Datenteilen von Daten der öffentlichen Hand sein. Also alles, was der Staat an Daten hat. Da soll die Stadt das erste Anlaufstelle sein. Da kann man also hingehen und man kriegt auch Informationen und Support von denen. Wie war denn die Timeline? Eigentlich ist das alles komplett überfällig. Dieser Data Governance Act, von dem ihr möglicherweise noch nie vorher gehört hat, der ist still und heimlich im Mai 2022 verabschiedet worden.

[00:17:16] Speaker1

Er ist ein bisschen öde, ein bisschen langweilig. Er hat jedenfalls keine krassen Kontroversen hervorgerufen, und deswegen hat man von ihm nichts gehört. Vielleicht hat ihn deshalb auch die Ampelregierung komplett ignoriert. Der gilt nämlich seit September 2023. Und in Deutschland hat man leider nichts gemacht. Das findet die EU nicht witzig. Deswegen wurde schon im Mai 2024 ein Vertragsverletzungsverfahren eröffnet. Und so was kann richtig teuer werden. Jetzt haben wir endlich den Gesetzentwurf vorliegen. Aber ob der jetzt noch verabschiedet wird? Ich erinnere nur an die Super GroKo, die keinen Bock auf Parlamentsarbeit mehr hat. Das ist wirklich fraglich. Und dann wird es halt noch teurer. Und das, wo dieser Gesetzentwurf nicht mal besonders kontrovers ist. Aber immerhin Am Digitalausschuss würde es nicht scheitern. Eine Anhörung ist nämlich die Voraussetzung dafür. Und die haben wir ja gemacht. Was soll aber eigentlich dieser Data Governance Act erreichen? Da habe ich ja noch gar nicht so genau erzählt, wofür der eigentlich da ist. Der soll bei der Bildung eines europäischen Datenmarktes helfen. Ihr wisst ja Daten, neues Öl und so. Die Daten sind wichtig für ganz viele Weiterentwicklungen Innovationen für das Trainieren von künstlicher Intelligenz, für ganz viele neue Geschäftsmodelle. Also viele Daten findet man generell gut. Deswegen will man die Datenverfügbarkeit BARKEIT erleichtern, weil man glaubt, dass es dann automatisch mehr Daten gibt. Also Prozess verbessern soll zu mehr Daten führen.

[00:18:41] Speaker1

Man will Vertrauen in diese Prozesse des Daten Teilens verbessern. Und ihr hört schon ein bisschen raus, wenn ihr genau zugehört habt. Es geht immer nur um das Wie. Es geht, nicht um das Was. Also niemals um die Frage Welche Daten sollen denn zugänglich sein, sondern nur wie soll man sie zugänglich machen? Es geht also beim BGA nicht um die Frage Wie befreit man Daten der öffentlichen Hand oder aus Unternehmen? Drei zentrale Regulierungsinhalte gibt es im Data Governance Act. Also einmal den Zugang zu regulieren zu ganz bestimmten Daten im Besitz öffentlicher Stellen, also des Staates, nämlich zu Daten, die irgendwie geschützt sind. Mit geschützt ist gemeint also entweder spezieller Datenschutz, statistische Geheimhaltung, geistiges Eigentum, Geschäfts und Betriebsgeheimnisse. Ja, sowas gibt es auch bei staatlichen Stellen. Es geht also generell nicht um Daten, die unproblematisches OpenData für alle sein könnten. Da sagt der DGB ja nichts dazu, ob und wann die öffentliche Hand Daten weitergeben muss, aber wenn sie sie weitergibt. Wenn sie das also selbst entscheidet, irgendeine Behörde, dann schreibt der Data Governance Act verschiedene Dinge vor. Nämlich zum einen, dass die Weitergabe nicht exklusiv an einen Empfänger erfolgen darf, sondern an alle, die bestimmte Voraussetzungen dafür erfüllen. Das können zum Beispiel bestimmte Sicherheitsmaßnahmen des Datenempfängers sein. Wenn es um die Anonymisierung von personenbezogenen Daten geht. Es gibt also eine Pflicht der öffentlichen Hand, alle Interessentinnen an Daten gleich zu behandeln. Das ist das eine Thema. Das andere Thema ist die sogenannten Datenvermittlungsdienste. Die kürzen sich lustigerweise DVD ab.

[00:20:20] Speaker1

Vielleicht wird irgendwann DVD kein Mensch mehr mit diesen Scheiben identifizieren oder assoziieren, sondern nur noch mit diesen Datenvermittlungsdiensten. Aber vielleicht werden die auch gar nicht so wichtig, wie man im DGB zumindest denkt. Das sind jedenfalls kommerzielle Dienste, die eine Verbindung oder eine technische Infrastruktur bereitstellen, damit Menschen oder Institutionen, die auf Daten sitzen, die also haben, die an andere Menschen oder Institutionen, die diese Daten nutzen möchten, weitergeben können. Also es sind im Grunde Datenvermittlungsdienste, die so als Intermediär dazwischen hocken. Das können ganz Kleine sein oder ganz große. Also entweder ein Dienst, der den Zugang zu sehr großen Datensätzen der öffentlichen Hand oder aus der Wissenschaft ermöglicht. Oder ein kleiner Dienst, der Daten von einzelnen Menschen einsammelt und die dann weitergibt an Unternehmen oder Organisationen. Und für die gibt es auch Vorschriften über diesen Data Governance Act, nämlich einmal eine Pflicht, sich zu registrieren. Es gibt auch eine Pflicht zur Unabhängigkeit. Das heißt, diese DVDs, die dürfen Daten, die sie bekommen, nur für diesen Zweck der Datenvermittlung benutzen. Also wenn man jetzt mal ein Beispiel sich vorstellt, wenn Meter großer Konzern Instagram, Facebook usw. Also wenn die so ein Datenvermittlungsdienst anbieten würden, dürfen sie Daten und Informationen, die sie dadurch bekommen, also von irgendwem anders nicht in ihren allgemeinen Schwarzes Loch Datenschlund werfen, sondern sie müssten technisch und organisatorisch diese Dienste von allen anderen Diensten trennen. Und das soll Vertrauen schaffen und es soll Missbrauch und Monopolbildung verhindern. Und da merkt ihr, dass ich wahrscheinlich nicht zufällig das Metabeispiel genommen habe.

[00:21:59] Speaker1

Damit würde nämlich bestenfalls ein künftiges neues Monopol oder eine neue Konzentration verhindert werden. Aber es tut natürlich absolut nichts gegen bereits existierende extreme Konzentration von Daten bei bestimmten digitalen Großkonzernen wie zum Beispiel Mieter. Und wenn sich diese Dienste nicht an die Vorschriften halten, dann gibt es wie immer bei der EU Sanktionen und Bußgeldern. Als drittes regelt der DBA aber auch noch sogenannte daten altruistische Organisationen. Die kürzen sich Dao ab. Also, Dao. Ich weiß, diese Abkürzung steht auch noch für andere Dinge, aber heute soll sie Daten altruistische Organisation heißen. Was Daten Altruismus ist, definiert dieses Gesetz übrigens nicht. Aber gemeint sind mehr oder weniger Organisationen, die ohne Erwerbszweck Daten sammeln und zu gemeinwohlorientierten Zwecken weitergeben. Also stellt euch eine Organisation vor, die zum Beispiel Gesundheitsdaten für Forschungszwecke sammelt. Die können sich registrieren, dann kriegen sie so ein Label, haben dann aber recht hohe Transparenz und Berichtspflichten, die auch ziemlich aufwendig sich anhören. Und es gibt richtig fette Sanktionen und Bußgelder, wenn sie diese Berichtspflichten nicht einhalten. Mitgliedsstaaten müssen laut Data Governance Act auch die Aufsicht national regeln. Und das steht dann ganz genau im Data Governance Gesetz. Zuständig sollen zwei Behörden sein, nämlich einmal die Bundesnetzagentur und das Statistische Bundesamt, die BnetzA. Die soll Registrierung und Aufsicht über regulierte Datenvermittlungsdienste übernehmen. Und das Statistische Bundesamt? Das soll Beratungsstelle für das Datenteilen von Daten der öffentlichen Hand werden. Und es soll gleichzeitig eine zentrale Informationsstelle sein, kann also bei technischen und rechtlichen Fragen öffentlicher Stellen helfen, die Zugang zu ihren irgendwie geschützten Daten gewähren wollen.

[00:23:50] Speaker1

Zum Beispiel, wie man bestimmte Sicherheitsmaßnahmen einhält, wenn es personenbezogene Daten sind. Dass die Stadt. Es soll aber auch zentrale Anlaufstelle sein für diejenigen, die solche geschützten Daten der öffentlichen Hand verwenden wollen. Und außerdem soll das Statistische Bundesamt eine gigantische Metadatenbank aufbauen über alle verfügbaren Daten, Ressourcen in der öffentlichen Hand. Also ich zitiere mal, wie es in Artikel acht, Absatz zwei des DBA drinsteht. Da steht, Sie sollen machen oder erstellen eine durchsuchbare Bestandsliste mit Übersicht aller verfügbaren Daten Ressourcen, gegebenenfalls einschließlich der bei sektoralen, regionalen oder lokalen Informationsstellen verfügbaren Daten, Ressourcen und einschlägige Informationen mit einer Beschreibung der verfügbaren Daten, die mindestens das Datenformat, den Datenumfang und die Bedingungen für ihre Weiterverwendung umfasst. Sektoriale, regionale oder lokale Informationsstellen? Ja, da hört es schon raus. Auch der Föderalismus ist da irgendwie betroffen, zum Beispiel Bundesländer, kommunale Daten. Also das ist wirklich ein sehr, sehr dickes Brett. Aber es geht ja um eine Anhörung. Das war jetzt nur Vorgeplänkel. Da waren wie immer Sachverständige geladen. Da waren natürlich Bundesnetzagentur und Statistisches Bundesamt da, Aber auch die neue Bundesdatenschutzbeauftragte vom BMWi war wir da, diverse Wirtschaftsverbände, Bitkom, Eco usw, Uniprofessoren von verschiedenen Universitäten. Die Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherheit der Wissenschaftsbereich war vertreten mit dem Rat für Infrastrukturen und es gab die Data Governance Expertin Anne Gruhac und von uns war eingeladen Aline Blankertz von Structural Integrity. Das ist eine NGO, die sie zusammen mit Malte Engler gegründet hat.

[00:25:37] Speaker1

Ziemlich interessante junge NGO. Ich verlinke euch die, mal könnt ihr mal reingucken, aber ihr kennt sie wahrscheinlich eher von ihrer Arbeit bei Wikimedia, wo sie schon Sachverständige bei der Anhörung für innovative Datenpolitik im Juni im Digitalausschuss war. Die interessanten Stellungnahmen zum Beispiel von Aline vom Rat für Infrastrukturen oder von Dr. Rachut von der TU München, die verlinke ich euch in den Shownotes. Die Debatte kann ich euch kurz zusammenfassen. Das Data Governance Gesetz selbst war ja gar nicht so kontrovers. Es ist ein Eher Technokraten Gesetz, politisch weitgehend uninteressant. Die Regelungen waren im Grunde zweckmäßig und erforderlich. Und ja, eine eins zu eins Umsetzung dieser EU Richtlinie, also vor allem die Aufsicht bei Bundesnetzagentur und Statistischem Bundesamt fanden eigentlich alle ganz okay. Wobei auch festgestellt wurde, dass es einen gewissen Governancewirrwarr auch durch andere EU Regulierungen gibt. Das ist ein anderes Thema. Aber und da stellten sich dann so Fragen wie überschneidende Zuständigkeiten bei der Aufsicht, zum Beispiel wer die Aufsicht macht bei der DSGVO Datenschutzbeauftragte oder wenn auch der DGE. Ja, der Data Governance Act betroffen ist, wer entscheidet dann, wer dann da die Aufsicht macht? Das ist unklar. Da haben sich manche eine koordinierende Stelle gewünscht. Aber es kam auch die Forderung, Doppelprüfungen zu vermeiden. Also es gibt zum Beispiel einmal Informationspflichten gegenüber oder in Ausführung dieses Data Governance Acts. Aber es gibt identische Datenpflichten oder Informationspflichten wegen anderer Gesetze gegenüber einer anderen Behörde. Und das ist natürlich bogus.

[00:27:11] Speaker1

Also das muss man nur einmal beantworten müssen. Und dann soll die andere Behörde diese Informationen auch verwenden können, damit man da nicht doppelt prüft und Ressourcen verschwendet. Und sprechen wir gerade über Ressourcen. Die Ressourcenfrage war natürlich auch Thema, denn ihr wisst es ja von mir ein paar Mal schon erzählt. Die Bnetza kriegt ständig neue Aufgaben, aber kein Personal. Und natürlich kann man eine Aufsicht nur ausfüllen, wenn man auch die entsprechenden Ressourcen dafür hat. Es gab trotzdem eine grundsätzliche Kritik am europäischen Data Governance Act. Dafür kann die deutsche Umsetzung nichts. Das hat man also schon in Brüssel versaut, nämlich dass die Maßnahmen, die der vorschreibt, sich zur Zielerreichung mehr Daten in Europa zu haben, wahrscheinlich überhaupt nicht eignet. Da gab es also dann vor allem Kritik, dass weitere flankierende Maßnahmen in Deutschland einfach nicht gemacht worden sind, nicht beschlossen worden sind, die irgendwie dazu beitragen, dass man am Ende das Ziel doch erreicht. Ich habe da mal unsere Sachverständige Alina Blankertz gefragt Was bräuchte man denn dafür? Was wären denn diese anderen Maßnahmen, die dazu beitragen, dass wir zum Beispiel mehr Daten aus öffentlicher Hand haben? Und da hat sie ganz klar gesagt Es braucht ein Recht auf Open Data. Es braucht ein Transparenzgesetz, also mehr Offenlegungspflichten. Aber das reicht auch noch nicht. Man braucht auch mehr Kompetenz und Verständnis in den Verwaltungen, damit man nämlich von Anfang an die Maschinenlesbarkeit und Verfügbarkeit von Daten mitdenkt. Und dazu braucht man wiederum eine Ende zu Ende Digitalisierung.

[00:28:41] Speaker1

Wenn man die hat, dann hat man ja diese maschinenlesbaren Daten und eigentlich kaum mehr Aufwand. Heute ist das oft so, dass wenn man Daten verfügbar machen will, man wirklich aufwendige händische Prozesse hat. Da müssen dann irgendwelche PDFs mit magischer KI wieder maschinenlesbar gemacht werden und das ist einfach nur komplett bekloppt. Andere Sachverständige haben da noch ergänzt, dass man auch Aufklärungskampagnen bräuchte, weil man den Nutzen geteilter Daten noch viel besser vermitteln muss. Den kennen also viele nicht, aber wo es gerade um Nutzen ging. Es ging also ganz viel um Nutzen oder Nichtnutzen. Von bestimmten Dingen habe ich Alina auch noch mal gefragt zu diesen Daten altruistischen ISTISCHEN Organisationen. Die hat man ja eigentlich geschaffen, weil man argumentiert hat, die bringen irgendeinen Mehrwert für die Zivilgesellschaft. Und ich wollte von Ihnen mal wissen, was meint sie denn dazu? Also sie erwartet keinen Mehrwert für die Gesellschaft, weil sich Menschen vielleicht noch vom Zweck eines DatenSpendeprojekts überzeugen lassen, aber nicht von irgendeinem Siegel. Das bringt nicht viel, aber das Siegel selber wird ja gar nicht so oft zu sehen sein, sondern solche Daten altruistischen Organisationen werden sich ja gar nicht als solche da registrieren, wenn sie zwar ganz viele Pflichten und Risiken haben, aber außer so ein Siegel, das sie irgendwo hinkleben können, auf die Webseite eigentlich gar keinen eigenen Nutzen. Also die Bußgelder für daten altruistische Organisationen, die sind viel zu hoch. Da hat eine Wissenschaftlerin erzählt, man musste einmal im Jahr so einen Tätigkeitsbericht machen. Und wenn man da irgendeine Frist versäumt, zum Beispiel als Uni, da muss man 50.000 € Bußgeld Strafe zahlen für den einzigen Benefit, dass ich so ein Label auf meine Webseite machen kann.

[00:30:19] Speaker1

Welche Uni sollte das machen und warum? Und ich ergänze mal Welche andere Daten altruistische Mochtegernorganisation sollte sich da registrieren? Machen die wahrscheinlich nicht. Weil es tatsächlich immer wieder um den Nutzen ging, habe ich Alina auch noch gefragt, ob denn tatsächlich diese speziell geschützten Daten der öffentlichen Hand, also personenbezogene Daten, Geheimnisschutz, Daten, was weiß ich, geschützte Daten. Ich habe es euch am Anfang ja erzählt, ob die das eigentliche Hauptproblem sind und ob da jetzt die verbesserten geplanten Prozesse zu mehr Datenverfügbarkeit führen. Aber bevor ich euch die Antwort gebe Ich habe vorher auch noch eine ganz kleine Frage an das Statistische Bundesamt gestellt. Ich habe nämlich gefragt, ob das tatsächlich zutrifft, dass der Bundeshaushalt als PDF übermittelt wird an das Statistische Bundesamt von der Bundesregierung und vom Statistischen Bundesamt nachträglich in einen maschinenlesbaren Dingsbums umgewandelt wird. Die Vertreterin des Statistischen Bundesamtes war ein bisschen überrollt von der Frage. Sie konnte sie nicht beantworten. Aber es ist so, ich weiß das. Und ich verlinke euch auch den jetzt ganz neu existierenden, maschinenlesbaren Haushalt, den das Statistische Bundesamt zaubern musste, aus einem depperten PDF. Das ist wirklich schon übel. Deswegen war meine Frage natürlich ganz ernst gemeint an Aline, ob unser Problem wirklich die speziell geschützten Daten sind oder ob es nicht an was anderem eher liegt. Und das hat Aline im Prinzip bestätigt.

[00:31:45] Speaker1

Sie hat gesagt, ganz viele Daten könnten OpenData sein, sind es aber gar nicht. Sie liegen einfach nicht in geeigneter Form vor, wie zum Beispiel diese PDFs da. Es gibt viele Wetterdaten, Geodaten, Mobilitätsdaten und viele andere Daten. Da gibt es einen Vorschlag für das Transparenzgesetz von der Zivilgesellschaft Ganz konkreter Gesetzentwurf. Da stehen ganz viele solcher Daten drin, die im Prinzip mit einem Fingerschnippen Open Data werden könnten. Das ist aber halt nicht Gegenstand dieses Data Governance Acts. Deshalb muss man das außerhalb regeln. Tut man aber bisher nicht und deswegen wird es eben auch nicht mehr Daten geben. Das wäre aber der größte Hebel die nicht besonders schützenswerten Daten. Und erst danach könnte man sich im zweiten Schritt für diesen eher viel kleineren Anteil besonders geschützter Daten kümmern, die nämlich viel mehr Ressourcen verschlingen, weil man da halt bestimmte Dinge nacharbeiten muss. Weil aber der Nutzen offensichtlich fraglich ist, habe ich noch eine Frage hinterhergeschickt. Nämlich bräuchte es dann nicht extra eine Wirkungsmessung, wenn man sich da schon von Anfang an nicht sicher ist, ob es überhaupt was bringt? Aline Blankertz hat erklärt, dass nach dem Data Governance Act eine einmalige Evaluation geplant ist durch Brüssel. Die soll aber nur überprüfen, ob der DBA umgesetzt worden ist und ob er durchgesetzt wird in den Mitgliedstaaten. Also einmal. Das reicht aber nicht. Das Data Governance Gesetz in Deutschland hätte deshalb eigene, regelmäßige Evaluationen enthalten müssen. Tut es aber nicht. Und man hätte eigentlich überprüfen müssen, ob dieses Konzept der Daten intermediäre überhaupt zu irgendwas führt oder ob vielleicht doch andere Wege effektiver sind.

[00:33:23] Speaker1

Also um für euch das Thema nochmal upzurappen. Dieser europäische BGA und seine deutsche Umsetzung, die werden nicht so viel bringen. Sie lösen das Problem nicht. Denn für mehr verfügbare Daten, vor allem aus öffentlicher Hand, brauchen wir vor allem Daten und Digitalisierungskompetenz der Verwaltung. Ende zu Ende. Digitalisierte Prozesse, die die Datenverfügbarkeit mitdenken, mithin eine Open Data Kultur und zur Durchsetzung ein gesetzliches Recht auf Open Data. Und bitte endlich ein Transparenzgesetz. Beides hatte die Ampel übrigens versprochen. Aber ihr wisst ja Ampel tot. Also die Gesetze kommen nicht mehr. Ehrlich gesagt, die Hoffnung darauf hatte ich auch schon vor dem Ampel aus komplett aufgegeben. Ich hatte euch in diesem Podcast ja auch ein Update zum AfD Verbot versprochen. Ich fange das mal an mit einer Entgleisung der AfD in der eben beschriebenen Anhörung. Da ging es um eigentlich eine völlig andere Sache. Da war nämlich Eugen Schmidt, AfD, Mitglied, der sach und anstandsfremd sich da geriert hat. Ehrlich gesagt, wie arm ist das denn? Die finden schon seit 100 Jahren keine Sachverständigen mehr, die für sie in so einer Anhörung sitzen. Und dann kommt der und beleidigt in dieser Sitzung in der Anhörung eine qualifizierte weibliche Sachverständige. Aber von vorn. Die AfD hat in den Ausschuss einen sehr widerlichen Antrag eingebracht. Ausnahmsweise verlinke ich euch den nur, damit ihr sehen könnt, wie scheiße er ist. Da geht es nämlich darum, dass bisher das Statistische Bundesamt Aggregierte Informationen zur Einbürgerungen veröffentlicht.

[00:34:57] Speaker1

Die AfD, Die will jetzt aber die Veröffentlichung von Einzeldatensätzen für jeden einzelnen einbürgerungs Verwaltungsakt. Das Statistische Bundesamt Das soll tagesaktuell Datensätze über jeden Einbürgerungsakt öffentlich abrufbar machen. Die Anonymisierung sei schon hinreichend durch die Nichtnennung des Klarnamens erreicht. Ja, sehr witzig. Und zusätzlich zu den bisher erfassten Daten sollen auch noch Sprachprüfunginfos, Herkunftsland usw veröffentlicht werden. Das ist also die Digitalisierung a la AfD. Persönlichkeitsrechte nur für Deutsche. Der Ausschuss hat diesen Antrag aber gar nicht debattiert. Weil alle Anträge abgesetzt worden sind, hat er gar nicht wirklich stattgefunden, der Ausschuss. Und deswegen hat die AfD mit der Brechstange diesen Antrag in die Anhörung zum Data Governance Act rein thematisiert. Das war echt krass. Also da kam der AfD Abgeordnete Schmidt mit. Kleiner Funfact stark russischem Akzent und schwurbelte erst über Linksradikale, die gar keine Transparenz wollen und hat dann die von mir eingeladene Sachverständige Aline Blankertz gefragt, ob sie dafür sei, diese detaillierten Daten zu eingebürgerten Personen öffentlich verfügbar zu machen, damit auch die Belastung durch Sozialausgaben, die unseren Landsleuten Leuten aufgezwungen werden. Ich habe den russischen Akzent vergessen. Sorry, kann ich nicht so gut. Ob sie das auch will, dass solche Daten öffentlich werden? Und. Und Aline sagte dann mit ungerührter Miene Meine Antwort richtet sich an alle demokratischen Parteien und lautet Nein. Stabile Aline. Aber dieser AfDheini, der hat einfach weiter gelabert. Ich stelle fest, dass Sie Angst vor Transparenz haben. Wundert mich nicht und fragt dann nach den Daten zur staatlich verordneten Körperverletzung durch Lauterbachs Politik.

[00:36:38] Speaker1

Aber Alina hat auch da keine Antwort gegeben, weil das auch außerhalb ihrer Expertise zur Anhörung lag. Hatte ja auch fucking gar nichts mit dem Data Governance Act zu tun. Die Vorsitzende hat da nach meiner Einschätzung leider etwas arg zurückhaltend interveniert und hat also nur höflich darum gebeten, Fragen zum Thema zu stellen. Der AfD Typ hat natürlich widersprochen, hat wieder Aline gefragt, ob sie nur für Daten Transparenz will, die ihr gefallen, was sie natürlich verneint hat. Ist ja auch bogus Dieser AfD Depp hat sich dann noch laut gefreut. Das gab ja einen Livestream. Alle Zuschauer die wahren Absichten der linksradikalen Transparenz Schreier durchschauen können. Das war ein wörtliches Zitat. Und dass er keine weiteren Fragen hat. Übrigens auch nicht in der zweiten Fragerunde. Keine einzige Frage zum Data Governance Act. Nix. Die Vorsitzende hat dann noch festgestellt, dass wir hier Sachverständige mit Expertise haben und es daher, ich zitiere auch nicht sinnvoll sei, sie hier zu beleidigen. Das fand ich ehrlich gesagt auch einfach nicht klar genug. Ich habe danach nochmal deutlich schärfere Kritik geäußert. So ein Verhalten ist nämlich absolut respektlos sowohl dem Parlament gegenüber als auch den Sachverständigen gegenüber und wirklich absolut inakzeptabel. Und das muss man auch so benennen. Der Digitalausschuss, der war schon ab und an auch für die AfD ein Ort für Hetze, Beleidigungen und Desinformationen. Nicht so oft wie in anderen Ausschüssen, aber wir hatten so was schon.

[00:38:03] Speaker1

Also zum Beispiel regelmäßig beim Digital Services Act. Da kam dann öfter mal Trixi von Storch vorbei und hat geklappert und hat dann den DSA bezeichnet als Zitat Antiliberalstes und meinungsfreiheitfeindlichstes Gesetz, das es in Europa jemals gegeben hat. Hat irgendwelche Desinformationen verbreitet, die erspare ich euch jetzt. Naja, und wenn die AfD ganz selten, ganz ganz selten mal einen Sachverständigen findet, der bereit ist, unter ihrem ihrer Flagge zu segeln, dann ist es so ein Loser wie Hadmut Danisch. Dieser Typ, der hat mir vor Jahren mal öffentlich unterstellt, für die CIA zu arbeiten. Der betreibt einen frauenfeindlichen Blog. Und das ist dann so die Qualität an Sachverständigen, die auf uns zukommt, wenn die AfD in irgendwelche Ämter einläuft. Aber ich habe euch ja auch ein Update zum AfD Verbot versprochen. Da gibt es ein paar Fakten. Ihr habt sie vielleicht auch den Medien entnommen. Das wurde berichtet. Nämlich wir haben den Antrag auf Überprüfung der Verfassungswidrigkeit oder Verfassungskonformität der AfD eingebracht. Am 13. November mit über 100 Antragstellern aus diversen demokratischen Parteien des Bundestages. Eine davon ist Yours truly. Das Ding hat eine Drucksachenummer, die 20 Schrägstrich 13750. Falls ihr das mal im Internet suchen wollt. Aber selbstverständlich verlinke ich euch das. Dieser Antrag, der hat jetzt nach Erhalt einer Drucksachenummer drei Wochen Zeit. Mindestens. Danach kann man ihn aufsetzen im Bundestag und man kann eine Sofortabstimmung machen. Man muss nicht eine Ausschussbefassung machen. Könnte man, muss man aber nicht. Auch keine zweite oder dritte Lesung. Man kann das einmal aufsetzen und sofort abstimmen.

[00:39:46] Speaker1

Das ginge also in den beiden Sitzungswochen im Dezember. Es gibt inzwischen aber auch einen Konkurrenzantrag von einer Gruppe um Renate Künast. Ob der eingebracht worden ist, habe ich nichts von gehört, weiß ich nicht. Auch die Anzahl der Unterstützenden ist mir unbekannt. Nach diesem Antrag soll zuerst ein Gutachten beauftragt werden über die potenziellen Erfolgchancen und erst danach soll der eigentliche Antrag gestellt werden. Und dieser verlängerte Prozess ist ganz offensichtlich. Jetzt, wo wir Neuwahlen haben, einfach keine Option mehr. Und im nächsten Bundestag gibt es einfach völlig andere Mehrheiten. Also das finde ich, ist kein Weg. Deswegen hoffe ich, dass die Unterstützenden dieses Antrags von Renate Künast sich jetzt entschließen, sich dem anderen unserem Antrag anzuschließen. Der hat nämlich noch Chancen, der kann im Dezember verabschiedet werden. Gestern noch gab es sehr, sehr viel positive Resonanz in sozialen Medien. Ich habe darüber berichtet, habe den Antrag da verbreitet und hatte innerhalb von 24 Stunden PI mal Daumen 1000 Likes auf diversen Plattformen. Das war schon ziemlich cool. Und ich danke auch allen, die meinem dortigen Aufruf gefolgt sind, ihre MdBs zu kontaktieren. Bitte macht das alle. Es gibt sogar ein Tool zum Finden der eigenen regionalen MdBs. Das verlinke ich euch unten in den Shownotes. Ihr könnt anrufen, ihr könnt Mails schreiben, ihr könnt Briefe schreiben, Ihr könnt eure Abgeordneten auch direkt auf Social Media kontaktieren. Macht das alles oder ein paar was davon? Macht vor allem aber deutlich, dass ihr eure Wahlentscheidung wesentlich davon beeinflussen lässt.

[00:41:23] Speaker1

Das könnte in Wahlkampfzeiten nämlich einen Unterschied machen. Helft mit, damit es eine Mehrheit gibt. Es müssen übrigens gar nicht mehr als 50 % der über 700 MdBs MdBs mit Ja stimmen. Es dürfen nur nicht mehr Nein als Ja Stimmen sein. Also auch jede Enthaltung ist schon hilfreich. Ich war auch bei diversen Gesprächen über dieses Verfahren mit Verfassungsrechtler innen dabei. Es gibt definitiv Chancen und auch keine kleinen. Aber natürlich gibt es keine hundertprozentige Sicherheit. Das gibt es vor Gericht nicht. Zuständig ist aber das Verfassungsgericht und die müssen das prüfen. Die haben die Kompetenz. Dafür brauchen sie aber unseren Auftrag, was nicht wirklich hilfreich ist in dem ganzen Prozess ist das BMI und Bundesverfassungsschutz jetzt meinen, dass man wegen den Neuwahlen jetzt ein Neutralitätsgebot einhalten müsse und daher könne man die AfD nicht, wie es eigentlich für Dezember erwartet war, als rechtsextrem hochstufen. Das ist bitter. Ich teile die Einschätzung auch nicht. Ich bin ja auch keine Juristin, aber ich habe auch mit Verfassungsrechtlern gesprochen, zuletzt heute. Die teilen diese Meinung auch nicht. Ein Neutralitätsgebot darf es ja gerade nicht bei einer womöglich gesichert rechtsextremen Partei geben. Und der Verfassungsschutz als Behörde hat einfach seinen Job zu machen, unabhängig davon, ob irgendwelche Wahlen anstehen oder nicht. Ich habe dann auch in den Medien kurz danach gelesen Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Dass der Chef des Verfassungsschutzes Haldenwang sich jetzt geoutet hat als interessiert an einem Bundestagswahlmandat auf CDU Ticket. Und die CDU unterstützt das Verbot ja bisher nicht.

[00:43:01] Speaker1

Also vielleicht gibt es da Zusammenhänge. Das wäre jedenfalls sehr unschön. Es gibt so oder so auch ohne diese Hochstufung des Verfassungsschutzes wirklich viele Hinweise, dass die AfD systematisch demokratische Institutionen zerstören will, zum Beispiel die Presse als vierte Gewalt oder die Justiz. Da gibt es in Thüringen zum Beispiel eine Initiative, den MDR, den regionalen Fernsehsender und Rundfunk abzuschaffen. Im Landtag Thüringen haben Sie beantragt, die Kündigung des Medienstaatsvertrags, des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags, des ArtStaatsvertrags, des ZDFstaatsvertrags, des DeutschlandradioStaatsvertrags und des MDRStaatsvertrags. Die Bürgerinnen sollen offensichtlich weder Tagesschau noch regionale Nachrichten des MDR sehen, sondern nur noch AfDdesinfos von Tiktok bis Facebook ohne jegliche sachlich und fachlich korrekte Gegenposition serviert zu bekommen. In Thüringen kann man auch sehen, wie die AfD mit einer hinreichenden Macht agiert. Dazu braucht sie gar nicht zwingend eine Regierungsverantwortung. In Thüringen haben sie nämlich eine Sperrminorität. Die wollen da den Richterausschuß blockieren. Der Richterausschuss ist der Ausschuss, in dem Richter ernannt werden. Und das wollen Sie verweigern? Sie wollen nur zustimmen, wenn sie sich dafür irgendwelche ganz anderen Posten erpressen können. Und das ist richtig bitter in Thüringen. Ich habe heute erfahren, dass 60 % der Richter in Thüringen in den nächsten fünf Jahren in Rente gehen. Zieht euch das mal rein! Mehr als die Hälfte aller Richter. Und da kommt die AfD und sagt, sie stimmt nur zu, wenn ihnen die Richter passen oder sie andere Posten kriegen. Und die sitzen an einem sehr langen Hebel. Ich möchte mir wirklich nicht ausmalen, was passiert, wenn die richtig Macht bekommen.

[00:44:46] Speaker1

Und zwar nicht nur in Thüringen. Das Thüringen Projekt hat das für Thüringen übrigens schon mal korrekt konkret durchgedacht. Wer da einen Blick in eine schwarze, aber leider mögliche Zukunft werfen will, der kann sich da mal informieren. Den Link zum Thüringen Projekt, den packe ich euch auch in die Shownotes. Also ich mache euch für dieses AfD Prüfverfahren nichts vor. Die Chancen sind sagen wir mal fifty fifty. Da muss noch viel überzeugt werden. Aber wenn ihr mitmacht, dann können wir es über die Fifty kriegen. Und dann gibt es noch einen Gruppenantrag, ganz was Besonderes und solche Gruppenanträge. Hier ist nämlich ausnahmsweise nicht die Gruppe der Linken gemeint, sondern hiermit ist gemeint ein Gruppenantrag wie der zum AfD Prüfverfahren, dass man Parlamentarier aus unterschiedlichen Fraktionen und unserer Gruppe zusammen vereint, um einen parteiübergreifenden Antrag zu stellen, an dem eben Teile aus verschiedenen Parteien dabei sind, andere Teile aber nicht. Und dieser Gruppenantrag, der neue, der bezieht sich auf den Paragraph 218 Schwangerschaftsabbruch Strafgesetzbuch, den haben wir am Donnerstag, dem 14. November, eingebracht. Und er hat richtig gute Chancen durchzukommen. Und Leute, was wäre das für eine echte Sternstunde des Parlaments? Das geht nämlich manchmal sogar besonders gut, wenn man unabhängig von irgendeiner Regierungskoalition Dinge beschließen kann. Endlich könnten Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisiert werden. Könnte dieser verflixte Paragraph 218 weg. Ich kämpfe da ungelogen seit 35 Jahren dafür. Ich bin als damals deutlich jüngere Frau in der DDR zur Wendezeit auf die Straße gegangen.

[00:46:28] Speaker1

In der DDR hatten wir nämlich seit 1972 das Recht auf körperliche Selbstbestimmung und wir haben das verloren. Wir haben mit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 unser Recht auf körperliche Selbstbestimmung verloren. Das ist für mich als Ostfrau auch 35 Jahre später noch komplett unfuckingfassbar. Wie kann man nach 35 Jahren als Frau weniger Selbstbestimmungsrechte haben als damals? Mehr als eine Generation früher. Also ich komme da immer noch nicht klar. Deswegen hängt mir da wirklich. Da hängt mein Herz dran an diesem Gruppenantrag. Da haben Frauen und Männer aus etlichen Parteien mit unterschrieben. Auf dem Antrag schon ungefähr 250 nach nur ein paar Stunden Zeit zum Unterschriften sammeln. Auch für den gilt Drei Wochen später kann am Parlament abgestimmt werden und das sieht für eine Mehrheit wirklich gut aus, Leute. Aber was steht genau drin? Also aus Zeitgründen war er kurz und kompakt. Viele ursprüngliche Inhalte. Die Idee war ja schon ein bisschen älter, wurden gestrichen, damit man es einfach innerhalb von 24 Stunden rauskauen kann. Grundsätzlich geht es darum, dass Schwangerschaftsabbrüche rauskommen aus dem Strafrecht. Die sollen im Schwangerschaftskonfliktgesetz geregelt werden. Bisher steht ja der Paragraf 218 im Strafgesetzbuch. Das heißt, alle Schwangerschaftsabbrüche sind immer eine Straftat. Vielen Leuten ist das gar nicht bewusst. Nur unter manchen Bedingungen sind sie straffrei. Sie sind aber trotzdem eine Straftat. Dass Schwangerschaftsabbrüche eigentlich immer eine Straftat sind, das hat Folgen. Zum Beispiel, dass die Krankenkassen nicht bezahlen. Das benachteiligt natürlich Schwangere mit wenig Geld und birgt gewisse Gesundheitsrisiken.

[00:48:11] Speaker1

Das Medizinstudium bildet nicht aus. Studenten, Studierende üben an Papayas Schwangerschaftsabbrüche. Also ich möchte nicht Versuchskaninchen sein mit irgendwelchen Medizinerinnen, die an Papayas mal geübt haben, ehrlich gesagt. Das hat ausschließlich damit zu tun, dass man ja Studierenden nichts beibringen kann, was eigentlich eine Straftat sein soll. Und außerdem sind die Angebote absolut ungenügend. Vor allem in Süddeutschland müssen manche Schwangere oft mehrere 100 Kilometer bis zum nächsten Arzt oder zur nächsten Ärztin fahren, die bereit ist, Schwangerschaftsabbrüche überhaupt vorzunehmen. Und künftig wären Während Schwangerschaftsabbrüche in den ersten zwölf Schwangerschaftswochen legal. Das ist im Prinzip die gleiche Regelung, wie wir sie in der DDR hatten. Und dann würden solche Probleme verschwinden. Kassen müssten künftig zahlen, Ausbildungen würden das Prozedere beibringen. Das ist natürlich wichtig für die Gesundheit. Man will das ja auch überleben. Aber es wurden auch Kompromisse in diesem Papier gemacht, nämlich die Beibehaltung der Beratungspflicht. Immerhin fallen die bisherigen drei Tage Wartezeit dann weg. Die war nämlich für viele Frauen ein echtes Problem. Ich hätte mir gewünscht, wir hätten die gar nicht mehr drin. Es gibt keine Frauen, die leichtfertig abtreiben. Aber aktuell ist die Mehrheit für die Legalisierung das wichtigere Ziel. Und deswegen ist da die Beratungspflicht noch drin. Wichtig ist, dass dieser Antrag durchkommt. Denn wir sehen überall auf der Welt mit einem Rechtsruck kommt ein Backlash für Frauenrechte und der ist auch bei uns nach den Neuwahlen wahrscheinlich. Ihr habt es ja bestimmt mitgekriegt Nach der Trumpwahl in den USA gab es plötzlich massenhaft Postings in sozialen Medien.

[00:49:52] Speaker1

Die nannten sich sinngemäß oder wörtlich Your body my choice von irgendwelchen Arschlöchern. Und das darf bei uns nicht passieren. Frankreich war da übrigens cleverer. Da hat sich der, der hat sich der Rechtsruck ja auch angedeutet vor den Wahlen. Die haben vorgesorgt und haben das Recht auf einen legalen Schwangerschaftsabbruch in die Verfassung geschrieben. Also merci la France. Ich wünschte mir, wir hätten so was auch mal gemacht. Wenn dieser Antrag bei uns durchkommt, dann haben wir ein Recht auf Selbstbestimmung und Leben für Schwangere, auf körperliche Unversehrtheit und den Schutz der Intimsphäre von Schwangeren. Und ja, Schwangerschaft, körperliche Unversehrtheit bringt erhebliche Risiken für die Gesundheit von Frauen. Da geht es nicht nur um gerissene Haut am Po oder Bauch oder so, die sind viel, viel breiter. Werde ich jetzt nicht auswalzen, könnte selber im Internet nachgucken, ist aber so und deswegen bitte ich euch zu diesem wichtigen Thema. Erst recht, wenn ihr männlich seid. Kontaktiert eure MdB und fordert Unterstützung dieses Antrags. Und es ist nicht geil. Ihr könnt zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Ein Mail, ein Anruf, ein Kommentar irgendwo an eure Abgeordneten und ihr fordert Unterstützung für die Überprüfung der AfD und für die Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. Es wird doch Zeit, dass die deutsche Rechtslage sich an das viel liberalere Abtreibungsrecht des erzkatholischen Irlands annähernd. Dass sich so ein Satz mal sagen muss, hätte ich auch nicht gedacht. Und außerdem In your face von Merz, Gauland und Konsorten. Und das war sie, die 41.

[00:51:28] Speaker1

Ausgabe von der ATB Podcast heute mit ganz viel Gesellschaftspolitik, bisschen weniger Digitalem. Aber wat mutt, dat mutt. In meinem Auto noch ein paar kleine Hinweise. Wie immer sind nicht so viele wie sonst. Ich habe es letzte Mal schon erwähnt, aber weil es so viel Arbeit war, will ich es noch mal kurz remindern. Es gibt einen Super very long Read, einen Blogpost, den ich geschrieben habe zu künstlicher Intelligenz in der öffentlichen Verwaltung. Ein absoluter Rundumschlag. Ihr könnt aber in den Kapiteln springen. Guckt einfach mal rein, das lohnt sich. Dann habe ich mehrere schriftliche Fragen zurückbekommen, die mit Institutionen rund um KI oder ähnliche Fragen zu tun haben. Zum Beispiel mit dem Beratungs und Evaluationszentrum für KI im Bund, auch mit dem Aufbau des Dateninstituts, mit der Algorithmenbewertungsstelle für Behörden und Organisationen, mit Sicherheitsaufgaben, dass es immer noch nicht gibt und mit dem neu im Aufbau befindlichen Zentrum zur Bekämpfung von Desinformation, abgekürzt ZEAM. Beide schriftliche Fragen bzw die Antworten der Bundesregierung verlinke ich euch in a nutshell beim BSI, also der Beratungs dem Beratungs und Evaluationszentrum für KI. Im Bund und beim Dateninstitut heißt es. Jo, dauert halt ein bisschen länger, weil keine Kohle Bei diesem Zentrum zur Bekämpfung der Desinformation tun sie so, als gäbe es gar keinen Widerspruch zur Haushaltskürzung und schreiben von beabsichtigten weiteren Ausbau. Aber inzwischen haben sie ja noch weniger Geld, weil es gar keinen Haushalt gibt. Also wie das klappen soll? Don't know. Und bei dieser Algorithmenbewertungsstelle für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben hieß es nur Alles läuft planmäßig.

[00:53:08] Speaker1

Das tut es in der Theorie seit mehreren Jahren, die man mir immer wieder antwortet, ist immer noch im Aufbau. Last but not least habe ich noch zwei Medientipps rund um den Mauerfall für euch. Einmal habe ich nämlich zum Jahrestag, 35. Jahrestag des Mauerfalls, dem Stern ein Interview gegeben. Das könnt ihr auch im Internet nachlesen, wie ich genau den Tag des Mauerfalls erlebt habe und wer mehr Informationen aus erster Hand will. Ich habe tatsächlich 1989 als Studentin in der DDR Tagebuch geschrieben und habe das auch ins Netz gestellt. Das liest sich heute selbst für mich total krass. Ich schreibe da von Übergriffen der Polizei, von Angst vor Panzern, aber auch vom Mut und von Hoffnung, von Massenausreisen, meinem Freund im Gefängnis, von geöffneten Briefen, von der Stasi, von dieser gigantischen Riesendemo am 4. November in Berlin. Davon, wie ich aufrufe, geschrieben und verteilt habe und Protestnoten an die Regierung der DDR schickte. Alle solche Sachen. Wenn euch das so alte Berichte von damals interessieren, gibt's online und ich verlinke es euch in den Shownotes. Ansonsten bleibt mir wie immer der Wunsch an euch. Wenn ihr Feedback habt, nutzt den Hashtag der Adbpodcast. Wenn ihr es gut gefunden habt, gebt mir fünf Sterne auf Spotify in euren Podcast Apps, die ihr so verwendet und wo auch immer ihr mich hört. Und wenn ihr es noch nicht gemacht habt, abonniert den Podcast, dann verpasst ihr keinen. Bis dahin bleibt gesund und vergesst nicht euren Abgeordneten zu schreiben. Bis dann.

END OF TRANSCRIPT



Automated transcription by Sonix
www.sonix.ai